

Der Anfang der Demokratie im Südwesten

Die Jahre 1918 bis 1920¹

von Dr. Franziska Dunkel,

Stuttgart; seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Haus der Geschichte Baden-Württemberg; Kuratorin u. a. des Museums Hohenasperg und der Großen Landesausstellung »Vertrauensfragen«.



Vor ziemlich genau vierzig Jahren hat der Archivar Günter Cordes, Kurator der im Hauptstaatsarchiv Stuttgart gezeigten Ausstellung »Krieg. Revolution. Republik«, einen Vortrag vor dem Historischen Verein Ludwigsburg gehalten. Thema: Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg und die Ereignisse in Ludwigsburg. In den Ludwigsburger Geschichtsblättern 1980 ist der Vortrag abgedruckt.² Kurz war ich versucht, ihn einfach vorzulesen. Ich weiß nicht, ob es aufgefallen wäre, dass es sich dabei um Forschungsergebnisse von vor vierzig Jahren handelt. Das liegt natürlich zum einen daran, dass Herr Cordes hervorragend gearbeitet hat und viele Fakten kenntnisreich und gut strukturiert erläuterte. Das zeigt zum anderen aber auch, dass sich in der Forschung zu Revolution und Weimarer Republik lange Zeit vergleichsweise wenig getan hat. Alexander Gallus sprach 2010 von der »vergessenen Revolution«.³ Nach den grundlegenden Forschungen zur Rätebewegung in

den 1960er/70er Jahren war die Weimarer Republik lange ein erinnerungspolitisches Stiefkind und der Blick auf sie stark vom Scheitern 1933 geprägt.⁴ Vielleicht hat der Paradigmenwechsel der historischen Forschung hin zu »cultural turn« und Genderforschung, zur Emotionsforschung oder »human-animal-studies« damit zu tun, dass die Erforschung der Revolution 1918/19 weniger attraktiv erschien.

Erst aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums gerieten die Revolution und ihre Folgen wieder mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Tenor der neueren Forschung erschließt sich bereits aus dem Titel des Buchs von Robert Gerwarth: »Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit«. Der Blick wandelt sich von einer Defizitorientierung hin zur Ressourcenorientierung, zu einer Würdigung der guten Ansätze und Potentiale.⁵ Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg hat bei der Vorbereitung der Großen Landesausstellung zur Revolution 1918 und ihren Folgen diesen Ansatz ebenfalls verfolgt.⁶ Die Thesen des Vortrags basieren auf der Ausstellung, die Beispiele stammen darüber hinaus auch aus dem Raum Ludwigsburg.

Vertrauensverlust – Oktober/November 1918

»Dass der November 1918 in eine demokratische Republik mündete, [...] doku-

mentierte eine aus Friedenssehnsucht und Legitimationsdefizit entstandene Krise der überkommenen monarchischen Autorität«, konstatiert Jörn Leonhard in seiner Monumentalstudie zum »überforderten Frieden«. ⁷ Das Legitimationsdefizit der alten Eliten resultierte zunächst aus einer Versorgungskrise. Die Autorität des Staates verfiel, weil er die in der Kriegswirtschaft selbst auferlegte Aufgabe, die Bevölkerung zu ernähren, immer schlechter erfüllte. Ab 1915 wurden die knappen Verbrauchsgüter schrittweise rationiert. Staatliche Stellen beschlagnahmten die Vorräte und verteilten sie durch ein kompliziertes und schlecht funktionierendes Vergabesystem. Konsumgüter gab es nur noch auf Marken; die Kriegsration betrug etwa ein Drittel der Friedensration. Das führte zu Frust und Protest: Ende März 1916, so berichtete der Oberbürgermeister von Mannheim, seien »große Ansammlungen der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere von Kriegerfrauen vor dem Rathause erschienen und [hätten] mit Selbstmord oder Tötung ihrer Kinder [gedroht], wenn man ihnen nicht Nahrung verschaffe, weil sie ihre Brotmarken schon früher aufgebraucht hatten«. ⁸

Immer mehr Bürger sahen sich zum Gesetzbruch genötigt, um ihre Familien satt zu bekommen. So beklagte der Heidelberger Geschichtspräsident Karl Hampe in seinem Tagebuch am 19. August 1918 das Schwinden der Moral an der so genannten Heimatfront: »Bei 1 ½ stündigem Aufenthalt in Bretten (die Verbindungen sind ja jetzt schlecht) etwas Abendessen, das mit seinem fleischernen Inhalt im Innern des Gasthauses serviert werden musste, da gerade eine fleischlose Woche ist. An Beachtung von dergleichen Vorschrift hält sich wohl niemand. Frau Anschütz hatte in Maulbronn verstoßen – auch vor uns – ein paar Eier gehamstert. Die meisten Menschen beschwindeln sich jetzt darin. [...] Ehrlichkeit und

Solidarität sind ja überhaupt stark auf dem Abmarsch.« ⁹

Die Moral verfiel rapide, und einem derart versagenden Staat konnten die Menschen nicht mehr vertrauen. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr Propaganda verbreiteten Kriegspressestelle und Regierungen, doch dies wirkte zunehmend kontraproduktiv und führte dazu, dass die Menschen den staatlichen Verlautbarungen insgesamt misstrauten. So fragte sich Karl Hampe am 10. August 1918, »ob die allzu vertrauensvollen Äußerungen, die von der Obersten Heeresleitung umliefen, die Hoffnungen nicht zu hoch gesteigert haben. Meine Enttäuschung ist, wie ich nicht leugnen kann, sehr groß. [...] Die albernen schönfärbenden, teilweise offiziellen Zeitungskommentare wirken nur verärgern«. ¹⁰

Der zweite Grund für den Vertrauensverlust war die militärische Niederlage. Die Mittelmächte hatten den Krieg, in den sie Anfang August 1914 voll Siegesgewissheit gezogen waren, im Herbst 1918 verloren. Die Alliierten waren sowohl an Material als auch an Soldaten massiv überlegen. Immer weniger deutsche Soldaten waren bereit, ihr Leben für eine offenkundig verlorene Sache zu riskieren, der Militärhistoriker Wilhelm Deist spricht von einem »verdeckten Militärstreik«. ¹¹ Rund 120 000 Deserteure versuchten seit Juli 1918, nach hinten, in Richtung Heimat zu entkommen, etwa 385 000 Soldaten ergriffen die Flucht nach vorn und ließen sich zwischen dem 18. Juli und dem 11. November 1918 gefangen nehmen. ¹²

Am 28. September kam Ludendorff mit Hindenburg überein, von der Reichsleitung Waffenstillstandsverhandlungen zu fordern. Die Verantwortung für die militärische Niederlage wollte er aber nicht übernehmen. Nicht eine Abordnung des Militärs, sondern eine neue, vom Parlament getragene Regierung sollte die Schmach des verlorenen Krieges auf sich nehmen. Für viele kam die Nachricht von der Niederlage

nach jahrelangen übertriebenen Siegesbotschaften als ein Schock, sie fühlten sich zu Recht getäuscht und enttäuscht.

»Hauptsache ist doch, dass wir erst mal Frieden nach außen kriegen, damit diese Menschenmorderei ein Ende hat. [...] Nach meiner Meinung wird es, je länger der Krieg dauert, je schlimmer für uns.« Diese Einschätzung von Wilhelm Fahlbusch vom 15. Oktober 1918 spiegelt eine weit verbreitete Meinung wider.¹³ Am 22. Oktober 1918 – noch bevor die meuternden Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel die Revolution ins Rollen brachten – protestierten Arbeiter der Firma Maybach in Friedrichshafen. Etwa 300 Demonstranten zogen vor das Rathaus und riefen: »Nieder mit dem Krieg, es lebe der Friede! Hoch die deutsche Republik! Wir wollen Brot und besseres Essen haben. Die da oben fressen uns alles weg!«¹⁴

Motive für den Protest waren also Friedenssehnsucht und Hunger. Es blieb nicht bei dieser einen Demonstration: Aus Stuttgart reisten Vertreter der Spartakusgruppe an den Bodensee, um das Momentum auszunutzen und den Unmut in den Umsturz zu überführen. Als Innenminister Köhler nach der Gründung eines Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats am 4. November hart durchgreifen wollte und in der Nacht zum 7. November die führenden Köpfe des Spartakusbundes verhaften ließ, wirkte dies kontraproduktiv. Die gespaltene Linke vereinte sich im Protest, für den 9. November riefen Gewerkschaften, SPD und USPD gemeinsam zu einer Großdemonstration in Stuttgart auf.¹⁵

In der Garnisonsstadt Ludwigsburg dagegen blieb zunächst alles ruhig. Die 15-jährige Eleonore Kiesel, Tochter des Hofjuweliers Wilhelm Kiesel und seiner Frau Louise geb. Schell, ging am 12. Oktober zur Tanzstunde beim kriegsversehrten Tanzlehrer Eugen Vogel, während ihr, wie ein Tanzherr vom Dragoner-Regiment Königin Olga schrieb, »die gebauten Löckchen in die von

Friedensseif glänzende Stirne« wehten. Einen Monat später, am 12. November, freute er sich auf das »nächste Mal beim Tanzen«, wo es »noch viel schöner« werden soll.¹⁶ Kein Wort vom Umsturz.

Am Abend des 8. November, so erinnert sich ein Augenzeuge, »fand man auch am Ludwigsburger Bahnhof ein außergewöhnliches Leben, die Zugänge waren militärisch bewacht, eine Offiziersgruppe stand da und nach einigem Umfragen erfuhr man, dass am Nachmittag mit einem Schnellzug aus Norddeutschland 20 Matrosen angekommen waren, die verhaftet und in das Dienstzimmer der Arsenalkaserne gebracht worden waren. Dort hatte man sie aber sofort, zum Teil auch in der Nacht, wieder freigelassen, weil sie ordnungsmäßige Urlaubspässe hatten, ausgestellt von irgendeinem Soldatenrat.«¹⁷ Potentielle Unruhestifter werden hier als von außen kommend wahrgenommen und als letztlich harmlos dargestellt.

Revolution: 9. und 10. November 1918

»9. November. Erdrückende Stimmung über Stuttgart. Die Spießer gehen ängstlich auf die Straße. Ich diskutiere mit einem Soldaten, er bestreitet die Revolution und ich sage, keinen Tag dauerts mehr, heute noch wird es kommen. Die Wache geht zum Schloss, ich sage in der Straßenbahn ganz laut: »Das wird wohl die letzte sein«. Alles schaut mich an und flüstert, aber mir wird nichts entgegnet. Um 9 Uhr verlasse ich die Arbeit und siehe gewaltige Massen ziehen durch die Straßen. Der Schlossplatz ist voll, überall wehen rote Fahnen. Der König ergibt sich, die Wache zieht ab, es gibt ein Handgemenge, einige Schüsse fallen: Revolution – Mein Herz drohte zu zerspringen, was war das für ein Rumoren in meinem Innern, ich konnte keinen andern Laut hervorbringen als immer nur Freiheit, Republik, Revoluti-

on.« Mit diesen Sätzen fasste der Stuttgarter Spartakist Karl Fraaß die Ereignisse vom 9. November in Stuttgart zusammen.¹⁸

Aus ganz Stuttgart zogen Demonstrantinnen und Demonstranten mit roten Fahnen und Antikriegsplakaten in die Stuttgarter Innenstadt; insgesamt kamen wohl rund 30 000 Menschen zusammen. Auf drei Kundgebungen – auf der Treppe des Neuen Schlosses, am Schillerplatz und am Karlsplatz – forderten jeweils ein Redner der SPD und einer der USPD die Abdankung des Kaisers und den Übergang zu einer sozialen Republik. Dann teilte sich der Demonstrationszug auf. Ein Teil der Menschen folgte der Aufforderung des USPD-Redners Albert Schreiner, zur Infanteriekaserne an der Rotebühlstraße zu ziehen. Waffen- und Kleiderkammern wurden geleert, die Akten des Militärgerichts aus den Fenstern geworfen und ein Soldatenrat mit Schreiner an der Spitze gewählt. Ein anderer Teil der Demonstranten lief zum Wilhelmspalais, dem Wohnsitz König Wilhelms. Dort befanden sich gerade die sechs am Vortag ernannten Minister der ersten parlamentarischen Regierung Württembergs, um vom König vereidigt zu werden. Demonstranten drangen ins Palais ein und forderten das Hissen einer roten Fahne. Sie versprachen, dem König kein Haar zu krümmen, sahen sich ein wenig um und trollten sich wieder. Nur der wachhabende Offizier, Karl Botsch, der sich geweigert hatte, seinen Degen abzugeben, wurde mit der Spitze seiner Pickelhaube verletzt – das einzige Blut, das an diesem Tag floss.¹⁹

Zur selben Zeit trafen sich Wilhelm Keil und Arthur Crispian als Unterhändler der beiden sozialistischen Parteien mit dem neuen Regierungschef Theodor Liesching. Sie wurden sich rasch einig, dass schnell eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden sollte, allerdings forderten die Sozialisten die Beiziehung von »Vertrauensmännern der Arbeiter«. Das konnte Liesching nicht zusagen, die drei Männer verabredeten

daher für den Abend ein zweites Treffen. Doch dazu kam es nicht mehr; denn die regionale Politik wurde von den Ereignissen auf Reichsebene überholt und beeinflusst.

In Berlin hatte mittlerweile Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet und Ebert die Kanzlerschaft angetragen; Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht hatten unabhängig voneinander die Republik ausgerufen. Die württembergischen Sozialdemokraten sahen nun von einem neuen Treffen mit Liesching ab und bildeten ebenfalls eine neue provisorische Regierung, die paritätisch mit SPD- und USPD-Vertretern besetzt war. Zum Vorsitzenden wählte man den 69 Jahre alten Wilhelm Bloss, der sich angeblich nur zufällig in Stuttgart aufhielt, als Begleiter seiner Frau Anna, die dem sozialdemokratischen Landesvorstand angehörte.²⁰ Am 10. November konnte Bloss sich damit durchsetzen, auch Vertreter der bürgerlichen Parteien aufzunehmen, um den Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung zu stärken – eine südwestdeutsche Besonderheit, die es so nur noch in Baden und Hessen gab.

So kam es, dass die neue provisorische Regierung dem vom König vereidigten Kabinett recht ähnlich sah: Neben Theodor Liesching kamen auch Johann Baptist von Kiene und Carl Hugo Lindemann aus der alten Regierung. Damit waren schon früh die Weichen hin zu einer parlamentarischen Demokratie gestellt. Dass die beiden USPD-Minister binnen kurzer Zeit ausschieden – Albert Schreiner am 15. November, Arthur Crispian am 10. Januar –, macht allerdings deutlich, dass das Ideal einer vom breiten Vertrauen aller getragenen Regierung in einer von tiefen Spaltungen geprägten Gesellschaft unrealistisch war. König und Königin reisten unter dem Schutz des Soldatenrats noch am Abend des 9. November nach Bebenhausen. Am 30. November verzichtete Wilhelm II. als letzter der deutschen Monarchen offiziell auf den Thron.²¹

Auch in Ludwigsburg blieb es am Nachmittag des 9. November nicht ruhig. Der oben schon einmal zitierte Augenzeugenbericht schildert die Atmosphäre: »Überall in der Bahnhofsgegend standen Gruppen von Soldaten herum, meist um einen Fremden geschart, der in leiser, eindringlicher Rede den Zuhörern, unter denen auch die jüngere Weiblichkeit vertreten war, das Programm des Aktionsausschusses auseinandersetzte. Viele Soldaten waren bereits instruiert, sie hatten die Reichskokarde von den Mützen entfernt. [...] Nur wenige ließen sich nicht beirren und gingen mit der Reichskokarde zum Bahnhof. Dort fielen junge Burschen, auch Mädchen über sie her, und manchem wurde dabei seine Mütze heruntergerissen und die Kokarde entfernt.«²²

Einige Soldaten und Arbeiter zogen am Abend zum Garnisonskommando, das im Schloss untergebracht war, und einigten sich mit diesem über eine einvernehmliche Machtübergabe. Ein aus sieben Soldaten und sieben Arbeitern bestehender Arbeiter- und Soldatenrat wurde gegründet, Ernst Reiner zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der Ludwigsburger Soldatenrat gehörte zu den schärfsten Gegnern des württembergischen Kriegsministers Ulrich Fischer, der der USPD nahestand; am 29. November 1918 beteiligte sich Reiner an einem erfolglosen Versuch, Fischer wegen Unfähigkeit abzusetzen.²³ Vom Garnisonskommando zog der Arbeiter- und Soldatenrat noch in der Nacht zum 10. November ins Rathaus um und besetzte damit symbolisch den Ort der kommunalen Legislative und Exekutive. Dort verfasste er einen ersten Erlass, der wie zahllose ähnliche Dokumente aus südwestdeutschen Städten den Primat der Sicherheit zeigt: »1. An alle Soldaten geht der Aufruf, strengste Ordnung und Disziplin zu halten, Offiziere nicht zu belästigen und den Anordnungen der zur Sicherheit kommandierten Patrouillen Folge zu leisten.«²⁴

Nachdem das alte System am fehlenden



Ernst Reiner als Soldat.

(Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Q 2/27 Bü 3)

Vertrauen zugrunde gegangen war, waren die neuen Regierungen darauf angewiesen, Vertrauen neu zu erwerben. Insgesamt lassen sich sechs Grundbedingungen definieren, die Vertrauen in die Demokratie ermöglichen können: Teilhabe, Sicherheit, Zusammenarbeit, Glaubwürdigkeit, Vielfalt und Zugehörigkeit.²⁵ Im Folgenden sollen zwei davon, Sicherheit und Teilhabe, ausführlicher dargestellt werden.

»Seid besonnen, Kameraden«²⁶ – Vertrauen durch Sicherheit

Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung fürchteten viele Menschen Chaos und Bürgerkrieg. Die Ludwigsburgerin Julie Pa-

ret, Schwester des Pfarrers Otto Paret und Tante des Archäologen Oscar Paret, schrieb am 10. November in ihr Tagebuch: »Ja, schwer sind die Sorgen, ob die Revolution in ruhigen Bahnen verläuft. Sattler Marquardt in der Myliusstraße ließ gestern Abend noch schnell sein Schaufenster verbrettern.« Und am 11. November: »Daneben die drückende Ungewissheit, wie weit die Revolution es noch treibt. [...] Im Gefangenenlager Eglosheim sind die Franzosen ohne Wache und laufen frei herum.«²⁷

Auf diese Angst reagierten die neuen Machthaber durch eine aktive Sicherheitspolitik. Von Anfang an suchten sie – erfolgreich – die Zusammenarbeit mit den alten militärischen Eliten. Das haben viele, Zeitgenossen wie Nachgeborene, der SPD als Verrat vorgeworfen.

Es scheint rückblickend durchaus problematisch, dass die Militärführung, an deren Versagen sich ja die Revolution entzündet hatte, die Revolution unbeschadet überlebt hat.²⁸ Doch aus damaliger Perspektive waren die SPD-Führer verständlicherweise eher erleichtert, von der Militärführung – anstatt sie bekämpfen zu müssen – Hilfe angeboten zu bekommen bei der schwierigen Aufgabe der Transformation der Monarchie zur Republik. Und beim Thema Sicherheit schienen alle an einem Strick zu ziehen: Die neue provisorische Regierung in Stuttgart versprach in ihrer ersten Proklamation am 10. November, eine verfassunggebende Landesversammlung einzuberufen und forderte die Bevölkerung auf, »die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen«.²⁹ Der stellvertretende Kommandeur in Stuttgart, General Christof von Ebbinghaus, erklärte am 9. November öffentlich, »im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelfen, dass die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt«.³⁰

Die Soldatenräte wurden ihrerseits nicht müde, die Soldaten auf die Aufrechterhal-

tung der Ordnung einzuschwören. So versicherte der Ludwigsburger Soldatenrat am 14. November 1918, die »richtige und besonnene Ausnützung der Macht in unseren Händen« sei sein Ziel. Um das »Vertrauen weiter Kreise« zu gewinnen, müsse vor allem »unbedingte Rechtlichkeit« beachtet werden. Scharf wandte er sich gegen Disziplinlosigkeit, denn »unbedingte Unterordnung und Pflichterfüllung« seien die »Voraussetzung jeder menschlichen Ordnung, vor allem des Heeres«. Allein der Soldatenrat habe über Streitigkeiten zwischen Offizieren und Mannschaften zu entscheiden.³¹

Wie fast alle Räte in Südwestdeutschland verstand sich der Ludwigsburger Soldatenrat als ein Element der Stabilisierung, nicht als treibende Kraft eines Umsturzes. Erleichtert notierte Julie Paret am 16. November in ihr Tagebuch: »Bis jetzt ist es im Äußeren ruhig verlaufen. Der Arbeiter- und Soldatenrat erließ die strengsten Verordnungen, dass nicht ein allgemeiner Umsturz eintritt. Auch die Reden, die teils im Hof der Arsenalkaserne, teils im Ratskeller gehalten werden, ermahnen zu Arbeit, Gehorsam und Ruhe. Das Verhältnis zu den Offizieren soll ein vertrauensvolles sein; diese haben Vorschriften, den Mannschaften gegenüber bestimmt, aber freundlich zu sein.«³²

Zwei Hauptaufgaben hatte der Soldatenrat zu bewältigen: die Klärung der Machtfrage innerhalb der militärischen Hierarchie und die geordnete Überführung des Kriegsheers in ein verkleinertes Friedensheer, also die organisatorische Mithilfe bei der Demobilmachung. Die Machtfrage wurde nie abschließend geklärt. Über die Erlaubnis, Abzeichen und Säbel zu tragen, entzündete sich ein kaum lösbarer Konflikt zwischen Garnisonsältestem und Garnisonsrat, Offizieren und Mannschaftsvertretern. Durch die Auflösung des Soldatenrats wurde dieser Konflikt obsolet.

Die Mitarbeit an der Demobilmachung war dagegen eine ungeheure Leistung,



Familie Paret, 1913: Pfarrer Otto Paret, Tochter Gertrud, Mutter Edine, Sohn Oscar, Schwester Julie. (aus Eberhard Neubronner: Der himmlische Blick. Fotografierende Pfarrer im alten Württemberg 1890 bis 1960, Tübingen 2013)

wenn man bedenkt, dass 70 000 Soldaten über Ludwigsburg entlassen wurden. Und es ging nicht nur um Menschen, sondern auch um die Abwicklung von Heeresgütern, die ab Mitte November täglich in ungeheuren Mengen am Bahnhof Ludwigsburg angeliefert wurden, wo sie erfasst und letztlich zum Verkauf angeboten werden sollten. Julie Paret beobachtete am 16. November: »Es geht weiter mit Hereinführen vom Güterbahnhof: Feldbetten, Bänke, Teppiche, Tragbahnen, schönes zusammengelegtes Bettzeug, gefüllte Kolben, Blechflaschen, Sauerstoffzylinder, schwere Kisten, Gewehre. [...] Kleider, Eimer, Klappstuhl, Betten, runde kleine Öfele und größere, alles kommt untereinander heim und wird am Haus vorbeigeführt, während ich dies schreibe.«³³

Die britische Seeblockade wurde nach dem Waffenstillstand bis zum endgültigen Abschluss eines Friedensvertrags weiter aufrechterhalten; die Versorgung der Zivilbevölkerung mit den nötigsten Gütern des täglichen Lebens blieb daher schwierig. Lebensmittel und Kleidung waren nach wie

vor nur auf Karten erhältlich, durchziehende Soldaten wurden bei den Familien einquartiert und mussten ebenfalls mit versorgt werden. Kein Wunder, dass der materielle Überfluss der rückgeführten Heeresgüter eine große Versuchung darstellte – zumal, wie der Garnisonsrat in seinem Abschlussbericht bedauerte, »das Völkergemetzel eben kein Stahlbad« gewesen war, sondern »ein Bad voll Blut und Schmutz«, aus dem viele Soldaten moralisch verroht zurückgekommen seien – eine »Kriegsraubpsychose« habe eingesetzt.³⁴

Entsetzt notierte Julie Paret am 24. November: »Vom 18. auf 19. sind aus dem Lazarethhof fünf Zentner Kisten mit Kakao und Tee, vom Felde zurück, gestohlen worden.« Und am 5. Dezember: »Und gestohlen wird, gestohlen, unglaublich viel, gerade von Soldaten, Bewachungsmannschaften: Zeissgläser, Soldatenröcke auf offener Straße von den Wagen herunter usw.«³⁵

In seinem Abschlussbericht rühmte sich der Garnisonsrat, er habe ein wirksames Mittel gegen diese Plünderungen eingesetzt,

nämlich Fake News. Er drohte Plünderern die Todesstrafe an und ließ durch die Presse die Meldung verbreiten: »Standrechtliche Erschießungen. Auf Befehl des Soldatenrates wurden heute Morgen drei Soldaten und ein Zivilist, weil sie beim Plündern betroffen wurden, standrechtlich erschossen.«³⁶ »Diese Bekanntmachung«, so der Garnisonsrat, »wirkte zunächst wie ein kalter Wasserstrahl auf das Heer der Plünderer. Nachdem jedoch allmählich durchgesickert war, dass die Erschießung einen durchaus unblutigen Verlauf genommen hatte, zeigten sich wieder die alten üblen Erscheinungen.«³⁷ Es war keine gute Idee gewesen, das Mittel der Propaganda, der absichtlichen Falschmeldung, aus dem kaiserzeitlichen Presserepertoire zu übernehmen, denn das erschütterte die Glaubwürdigkeit der neuen Exekutive.

Die Diebstähle von Heeresgut waren ein Problem der Anfangsmonate. Nach dem Jahreswechsel 1919 gingen die Lieferungen aus dem Westen natürlich stark zurück, während gleichzeitig Sicherheitskompanien aufgestellt wurden, die das Heeresigentum angeblich effizienter schützen konnten als die Soldatenräte. Die Frage, wer für die so notwendige Sicherheit sorgen sollte, war in den Anfangswochen der Revolution heftig umstritten. Der Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols führte zur Gründung vieler kurzlebiger provisorischer Sicherheitsorgane.³⁸ Prinzipiell standen sich das Konzept einer freiwilligen »Volkswehr« und das Konzept staatlicher Sicherheitskompanien – also einer Berufselitetruppe – gegenüber. Die USPD trat für die erstere Version ein, die MSPD und Bürgerliche fürchteten die Bewaffnung radikaler Linker und betrieben daher die Aufstellung von Sicherheitskompanien.

Schon im November 1919 rief der Garnisonsrat die in Ludwigsburg stationierten Soldaten dazu auf, sich für eine spezielle Sicherheitseinheit zu melden, die geschlossen in einer Kaserne untergebracht wurde,

wenngleich die Angehörigen organisatorisch (z. B. bei der Bezahlung) noch ihren alten Einheiten zugerechnet wurden. Am 19. Dezember beschloss dann die provisorische Regierung in Stuttgart, 15 völlig selbständige Sicherheitskompanien aufzustellen, und beauftragte damit Leutnant Paul Hahn.³⁹

Der »rote Hahn«, wie er sich in seinen Memoiren nannte, war eine schillernde Figur: Kunstmaler aus Obertürkheim, Kriegsfreiwilliger im Dragonerregiment Nr. 25, seit Frühjahr 1918 Offizier in Isny. Zum Vorsitzenden des dortigen Soldatenrats gewählt, sorgte er zunächst für die reibungslose und disziplinierte Organisation der Demobilisierung in Isny und Leutkirch.⁴⁰ Offenbar gelang es dem charismatischen Hahn, im Soldatenrat die Interessen der Offiziere gegen die der USPD-Anhänger durchzusetzen und gleichzeitig die republikseptischen studentischen Freiwilligenbataillone mit »Ehrenwort« darauf zu verpflichten, dass »sie für die Sache der Revolution einzutreten haben.«⁴¹

Dass dieses Konzept nicht aufging, sah man spätestens beim Einsatz auch württembergischer Sicherheitstruppen zur Niederschlagung der bayerischen Räterepublik.⁴² Die Sicherheitstruppen speisten sich vor allem aus entlassenen Soldaten des Feldheers, die ab Ende November 1918 nach und nach in Württemberg ankamen. Sie wurden auf die Republik vereidigt, von den Soldatenräten mit kontrolliert, und unterstützten in Ludwigsburg anfänglich die Polizei, nahmen beispielsweise auf der Suche nach Waffen Hausdurchsuchungen vor.⁴³ Mitte Januar übernahm Garnisonsrat Emil Schuler, wie die meisten Soldatenräte Mitglied der MSPD, die Aufsicht über die Sicherheitskompanien. Vielleicht deshalb sind aus Ludwigsburg nur wenig Freiwillige mitgezogen, als die württembergische Regierung Mitte April Hilfstruppen nach Bayern schickte. Der Garnisonsrat hatte sich gegen die Teilnahme ausgesprochen, es aber den einzel-

nen Soldaten freigestellt, ob sie sich daran beteiligen wollten.⁴⁴

Das Ende der Soldatenräte hing eng mit der Umstrukturierung der Armee zusammen. Schon im Dezember 1918 waren die meisten Soldaten nach Hause gegangen bzw. entlassen worden, die reguläre bewaffnete militärische Macht bestand fast nur noch aus Offizieren.⁴⁵ Im März 1919 beschloss die Weimarer Nationalversammlung das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr; sie sollte »auf demokratischer Grundlage« aufbauen, war als »Volksheer«, also Wehrpflichtarmee gedacht und war, wie der Name schon sagt, erstens ein Provisorium, zunächst bis zum 31. März 1920 geplant, und zweitens ein Zentralorgan. Das bedeutete das Ende der württembergischen Truppen.

In einer gewissen Selbstüberschätzung einigten sich die württembergischen Soldatenräte mit dem – pazifistisch eingestellten – Kriegsminister Hermann am 21. März auf sehr demokratische »Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheers«. Zur Vertretung der Soldaten soll es weiterhin Soldatenräte geben, die im Einvernehmen mit dem Kriegsminister auch in Fragen der Kommandogewalt und der Stellenbesetzung entscheiden sollten. Standesprivilegien sollten abgeschafft werden, Ehrenbezeugungen stark eingeschränkt.⁴⁶ Doch diese Beschlüsse waren bereits im April Makulatur, da das württembergische Heer aufgelöst wurde und die zuständigen Reichsorgane den Mitbestimmungsforderungen skeptisch gegenüberstanden.

Nach den Bedingungen des Versailler Friedensvertrags waren die Pläne zur vorläufigen Reichswehr ohnehin obsolet. Die neue Reichswehr sollte eine auf 100 000 Mann reduzierte Berufarmee sein. Die Garnison in Ludwigsburg schrumpfte auf 1627 Soldaten, etwa ein Drittel der Vorkriegsstärke. Ende Juni wurden die Soldatenräte aufgelöst. »So stand Ludwigsburg an einem

Wendepunkt seiner Geschichte und war unversehens zu einer Bürgerstadt geworden«, bilanziert Cordes.⁴⁷ Besser gesagt: Bürger- und Bürgerinnenstadt. Denn nach der Revolution wurde das Recht auf politische Teilhabe auch Frauen zugestanden.

»Ohne Unterschied des Geschlechtes« – Vertrauen durch Teilhabe

Politische Teilhabe ist ein Wesenskern der Demokratie. Mehr Teilhabe war eine Grundforderung der Revolution, und es sollte das Vertrauen in ein Staatswesen stärken, wenn man selbst aktiv an ihm mitwirken kann. Diese Thesen zum Thema Teilhabe werde ich im Folgenden am Beispiel der Mitwirkung von Frauen an der Politik überprüfen.

»Nun müssen wir auch noch ins öffentliche Leben, d. h. uns in Vorträgen vorbereiten lassen für das Wahlrecht der Frauen. Heute Nachmittag, im Vereinshaus von Herrn Prälat Stuhlecker und Pfarrer Kull von Zuffenhausen, Frau Johanna Beringer und Frl. Schmid, Stuttgart. Letztere hat für den deutsch-evangelischen Frauenbund geworben«, klagte Julie Paret am 15. Dezember.⁴⁸ Sie schien nicht besonders erbaut von dem, was 2018/19 als große Errungenschaft gefeiert wurde: Erstmals konnten alle Frauen am politischen Leben aktiv teilhaben, denn der revolutionäre Rat der Volksbeauftragten in Berlin hatte am 12. November 1918 das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt.

Mit der Revolution waren zunächst zwei Organe politischen Handelns entstanden: Räteorganisationen und provisorische Regierungen. Beide wirkten sowohl exekutiv als auch legislativ – wie die Einführung des Wahlrechts für Frauen durch die Berliner provisorische Regierung zeigt. In diesen beiden Organen waren Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Die württembergische provisorische Regierung bestand nur aus

Männern. In Deutschland gab es 1918/19 lediglich eine Ministerin, die Kommissarin für Volksbildung Minna Faßhauer in Braunschweig. Weibliche Räte waren sehr selten, nicht nur in Ludwigsburg, wo die Soldatenräte dominierten. Das hing zum einen mit der wirtschaftlichen Demobilmachung zusammen. Hier galt das Motto: »Die Frauen heraus« – Arbeitnehmer, die »nicht auf den Verdienst aus ihrer derzeitigen, nur anlässlich des Krieges angenommenen Stellung angewiesen sind«, sollten »bedürftigen Volksgenossen, namentlich Kriegsbeschädigten und sonstigen Kriegsteilnehmern, Platz machen«.49 In der Praxis hieß das, Frauen konnten zwangsentlassen werden, wenn ein Kriegsveteran Anspruch auf ihren Arbeitsplatz erhob; unter diesen Vorzeichen erschien ein Engagement in einem Arbeiterrat vermutlich wenig attraktiv. Darüber hinaus wirkten tiefverwurzelte Vorbehalte gegen die politische Arbeit von Frauen hemmend.⁵⁰

Das heißt aber nicht, dass Frauen nicht politisch in Erscheinung traten. Über 4700 Tübingerinnen – bei einer Einwohnerzahl von etwa 20 000 sind das die Hälfte aller Frauen und Mädchen – unterzeichneten bis zum 12. Dezember 1918 eine Petition zur raschen Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Sie erhofften sich so Schutz vor dem »Überhandnehmen der Anarchie«, eine bessere Bekämpfung des Hungers und eine bessere Abwehr von »Willkür des vor den Toren stehenden Feindes«.51 Ihr Wunsch ging in Erfüllung, in Württemberg konnten Männer und Frauen schon am 12. Januar 1919 zur Wahl für die württembergische Landesversammlung gehen.

Deutschlandweit gab es rund zwei Millionen mehr Wählerinnen als Wähler.⁵² Keine Partei konnte sich dieses Stimmenpotential entgehen lassen, und so versuchten auch diejenigen Parteien und Verbände, die bislang dem Frauenwahlrecht eher skeptisch gegenüber gestanden hatten, Frauen zu

mobilisieren. So auch der von Julie Paret erwähnte Deutsch-Evangelische Frauenbund (DEF). 1899 als Abwehrvereinigung gegen sozialistische Emanzipationsbewegungen gegründet, setzten sich die größtenteils aus bürgerlichem Milieu stammenden Mitglieder des DEF vor allem für den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Beruf für Mädchen und Frauen ein. An der Frage des Frauenwahlrechts schieden sich innerhalb des Bundes die Geister. Konservative Frauen waren strikt dagegen, insgesamt vertrat der DEF eine neutrale Position. 1918 trat er aus dem Bund deutscher Frauenvereine aus, als dieser sich dem Kampf um das Frauenstimmrecht verschrieb. Nach der Revolution setzte der DEF alles daran, Frauen zur Wahrung konservativer Besitzstände zu mobilisieren; er proklamierte daher nun die »Wahlpflicht für christliche Frauen und Jungfrauen«.

Aus den Reihen der Frauenbewegung bildete sich ein »Ausschuss der Frauenverbände Deutschlands«, der sich mit zahlreichen Flugblättern und Wahlaufrufen direkt an die Wählerinnen richtete. Er appellierte nicht nur an Frauen, wählen zu gehen, sondern wandte sich auch an Männer mit der Bitte, die Frauen ihrer Familie zum Wählen anzuhalten: »Deutscher Familienvater! Du brauchst Deine Stellung im häuslichen Kreis nicht zu ändern; bleib nur, der Du warst und der Du bist, aber hole Deine Frau und Deine Töchter heran, so ungewohnt es Dir auch ist, Politik mit ihnen zu verhandeln. [...] Du sollst Deiner Frau und Deinen Töchtern politischer Leiter und Führer werden.«⁵³

Diese Mobilisierung hatte Erfolg: Fast 90 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben ihre Stimme ab, prozentual etwas mehr als Männer. Angeblich tendierten sie eher dazu, konservativ zu wählen. Eine Überprüfung dieser oft wiederholten Behauptung ist schwierig, denn nur in wenigen Orten wurden die Stimmen der Frauen tatsächlich getrennt abgegeben und ausgezählt. In



*Mobilisierung von Wählerinnen durch den Ausschuss der Frauenverbände.
(Haus der Geschichte Baden-Württemberg, 2000/0993)*

Bruchsal, einer der Städte mit geschlechtergetrennter Stimmabgabe, wählten tatsächlich überproportional viele Frauen Zentrum und wenige die SPD (Zentrum: 32,6 % Männer, 52,3 % Frauen; SPD: 39,2 % Männer, 21,3 % Frauen).⁵⁴

Frauen konnten nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden. Unter großem Zeitdruck stellten die Parteien ihre Wahlvorschläge auf; die Kandidatinnen landeten hierbei eher auf den hinteren Plätzen. So wurde für die Reichstagswahl die Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbunds, Hedwig Dransfeld, von der Zentrumspartei auf einen schlechten Listenplatz gesetzt, um einen verdienten Mann zu ehren. Dransfeld ärgerte vor allem die – heute würde man sagen: mit Genderkli-

schees arbeitende – Argumentation, mit der man auf ihr Verständnis setzte: »Wir haben zu Ihrem oft bewährten generösen Sinn das Vertrauen gehabt, daß Sie uns deswegen keine Schwierigkeiten machen werden.«⁵⁵

In Württemberg bekam den besten Listenplatz die Pionierin des Frauenwahlrechts, Klara Zetkin, lange Jahre Herausgeberin einer Zeitschrift mit dem programmatischen Titel »Die Gleichheit«. Sie stand bei der USPD auf Platz 3. Von den insgesamt 150 Abgeordneten waren lediglich 13 Frauen, also 8,8 Prozent.⁵⁶ Eine Ludwigsburgerin war nicht dabei.⁵⁷

Aber im Parlament zu sein hieß keineswegs automatisch, dort überhaupt oder als weibliche Stimme ernst genommen zu werden. Während in der badischen verfassunggebenden Versammlung bereits auf der ersten Sitzung am 15. Januar drei Frauen sprachen und Marianne Weber als erste Frau überhaupt in einem deutschen Parlament redete, dauerte es in Württemberg bis zur 6. Sitzung am 29. Januar, bis einer Frau das Wort erteilt wurde.⁵⁸ Clara Zetkin sprach, anders als Marianne Weber, dann nicht im Namen der Frauen zum Thema Frauenpartizipation, sondern griff als Unabhängige Sozialistin die »bürgerliche Politik« der Regierung an und forderte die »Überwindung der bürgerlichen und der kapitalistischen Gesellschaft«. Danach waren die Frauen wieder lange stumm. Erst am 8. März 1919, in der 13. Sitzung, gab es Redebeiträge von vier Frauen, die gegen die Demobilmachungsverordnung protestierten, nach der Frauen ihre Arbeitsplätze für Veteranen räumen sollten.

Frauen waren keine Anfängerinnen in der Politik, denn die Abgeordneten hatten in der Regel jahrelange Erfahrung als Frauenrechtlerinnen oder in sozialpolitisch engagierten Vereinen. Und doch wurden sie im Parlament tendenziell ausgegrenzt. Es gab keine Verstärkeranlagen, man musste also sehr laut sprechen, was manche

Frauen als schwierig empfanden. Männer warfen Frauen im Parlament »Gekreisch« vor.⁵⁹ Die meisten Abgeordneten, männlich wie weiblich, redeten nur, wenn es um ihr Spezialgebiet ging; viele Debatten gerade in den Anfangssitzungen drehten sich aber um Verfahrensfragen. Hier waren Männer, die schon langjährige Parlamentserfahrung mitbrachten, im Vorteil. Oder es ging um juristische Themen – hier waren Frauen wiederum benachteiligt, da sie erst ab 1921 zum Referendariat und zur Zweiten juristischen Staatsprüfung zugelassen waren.

Marianne Weber empfand den Alltag als Parlamentarierin ermüdend. An ihre Freundin Marie Baum schrieb sie am 6. Februar 1919: »Ob man aber als Abgeordnete dauernd in einem solchen Betrieb und als Ehefrau die Hälfte des Lebens auswärts zubringen möchte, und dies alles bestehen könnte, ohne an Seele und Geist zu veröden – das ist mir doch sehr zweifelhaft, und ein banaler Durchschnittsparlamentarier zu werden, wäre doch trotz allem keine erhebende Aussicht.«⁶⁰ Sie zog es vor, ihrem Mann, dem bekannten Soziologen Max Weber, nach München zu folgen. Auf ihren Platz rückte ein Mann nach.

Dennoch haben die ersten Parlamentarierinnen auch in Württemberg vor allem durch Mitarbeit in parlamentarischen Ausschüssen einiges erreicht: Mathilde Brückner und Thekla Kauffmann arbeiteten am Jugendfürsorgegesetz mit, Emilie Hiller kämpfte für eine Reform des § 218, Mathilde Planck war von 1920 bis 1924 Mitglied im Finanzausschuss und von 1924 bis 1928 im Petitionsausschuss, eine Zeitlang als Vorsitzende, und Laura Schradin gehörte dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss und dem Volksschulausschuss an, um nur einige Beispiele zu nennen.⁶¹

Doch selbst Frauen, die anfangs von der neuen Möglichkeit der politischen Teilhabe begeistert waren, wurden bald ernüchert. Für die Landtagswahlen 1920 kandidierten



Mathilde Planck (1861–1955), 1919 bis 1928 eine der wenigen weiblichen Abgeordneten im württembergischen Landtag. (Staatsarchiv Ludwigsburg, F 201 Bü 540)

deutlich weniger Frauen als 1919, zudem auf noch schlechteren Listenplätzen als im Jahr zuvor, und so zogen nun nur noch fünf Frauen ins Parlament. Bei der verkleinerten Zahl von 101 Abgeordneten waren das 4,9 Prozent der Mandate.

Das Resümee, das die konservative Journalistin Else Frobenius 1926 für die politische Teilhabe der badischen Frauen zog, ist ohne Weiteres auf Württemberg zu übertragen: »Die große Welle der Revolution, die die Frau auf den Weg der Staatsbürgerin führte, ist heute im Verebben. Ein gewisser Rückschlag ist eingetreten. In den politischen Parteien klagt man oft über die Gleichgültigkeit der Frauen und die Männer räumen ihnen nicht mehr so bereitwillig den Platz neben sich ein, wie vor sieben

Jahren.«⁶² Die Nationalsozialisten entzogen Frauen dann das passive Wahlrecht.

»Da wird schon einmal dazwischengerufen, was denn die Frau am Mikro macht« – diese Aussage kann nicht aus der Weimarer Zeit stammen, denn da gab es ja noch keine Mikrophone im Landtag. Das haben vielmehr Parteifreundinnen der baden-württembergischen Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Sandra Detzer, berichtet, und zwar über den baden-württembergischen Landtag im Jahr 2018.⁶³ Dieser war über viele Jahre hinweg das bundesdeutsche Landesparlament mit dem geringsten Frauenanteil. So war nach der letzten Landtagswahl am 13. März 2016 nur knapp ein Viertel der Landtagsabgeordneten weiblich. Durch Nachrückerinnen ist der Frauenanteil mittlerweile auf 26,6 Prozent gestiegen. Auf 38 Frauen kommen nun 105 Männer, die Quote in Sachsen-Anhalt

und Mecklenburg-Vorpommern ist noch schlechter. Doch der baden-württembergische Landtag ist das einzige deutsche Landesparlament, in dem noch nie ein Anteil von wenigstens 30 Prozent weiblicher Abgeordneter erreicht wurde.⁶⁴

In der Ausstellung »Vertrauensfragen« wollte das Haus der Geschichte Baden-Württemberg auch zum Nachdenken über die heutige Demokratie anregen. Im Bereich Teilhabe gab es einen Wahlomat, an dem die Besucherinnen und Besucher über neun Vorschläge abstimmen konnten, wie man Partizipation in der heutigen Demokratie verbessern könnte. Eine Frage lautete: »Sollen die Parteien gesetzlich verpflichtet werden, mehr Frauen bei Wahlen zu nominieren?« Von 4018 Befragten sprachen sich 2349 dagegen aus, das sind 58 Prozent. Der Weg zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen ist immer noch weit.

Anmerkungen

- 1 Geringfügig überarbeite und um die Anmerkungen erweiterte Fassung des am 14. März 2019 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags.
- 2 Günter Cordes: Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg und die Ereignisse in Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 32 (1980) S. 117–138.
- 3 Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010.
- 4 Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013.
- 5 Robert Gerwarth: Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018; vgl. auch Joachim Käppner: 1918. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017.
- 6 Vertrauensfragen. Der Anfang der Demokratie im Südwesten 1918–1924. Katalog zur Großen Landesausstellung, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2018.
- 7 Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018, S. 286.
- 8 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 130 I Bü 842, fol. 111.
- 9 Karl Hampe: Kriegstagebuch 1914–1919, hrsg. von Folker Reichert und Eike Wolgast, München 2004, S. 728.
- 10 Ebd. S. 724.
- 11 Wilhelm Deist: Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreiches. Zur Realität der Dolchstoßlegende, in: Ursula Büttner (Hg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 1: Ideologie, Herrschaft, Wirkung in Europa, Hamburg 1986, S. 101–129.
- 12 Benjamin Ziemann: Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten. Überleben. Verweigern, Essen 2013, S. 136–148.
- 13 Zit. nach Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): 1918. Die Deutschen zwischen Weltkrieg und Revolution, Berlin 2018, S. 180.
- 14 Elmar L. Kuhn: Von der Revolution zum »deutschen Oktober«. Arbeiter-Bewegung in Friedrichshafen 1918–1923, in: Geschichte am See 26 (1985) S. 129.

- 15 Hierzu v. a. Manfred Scheck: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1920, Köln 1981; Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einzig zu bleiben, Esslingen 1983.
- 16 Ludwigsburgmuseum, 11231.
- 17 Wolfgang Läßle: Schwäbisches Potsdam. Die Garnison Ludwigsburg von den Anfängen bis zur Auflösung, Bd. 2, Ludwigsburg 2009, S. 259 f.
- 18 Staatsarchiv Ludwigsburg PL 7, Nachlass Fraaß, Bd. 1, S. 5.
- 19 Vgl. die Berichte von Wilhelm Kohlhaas (HStAS Q 1/42 Bü 15), Gustav Esterle (HStAS E 130b Bü 1815) und Karl Botsch (Landeskirchliches Archiv Stuttgart PA 127 Nr. 392).
- 20 Wilhelm Blos: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg, Stuttgart 1923, S. 21.
- 21 Vgl. hierzu z. B. Frank Engehausen: Die Revolution von 1918/19 in Baden und Württemberg. Ein Überblick, in: Frank Engehausen, Reinhold Weber (Hg.): Baden und Württemberg 1918/19: Kriegsende, Revolution, Demokratie, Stuttgart 2018, S. 13–60.
- 22 Läßle (wie Anm. 17) S. 260.
- 23 HStAS Q 2/27 Bü 4, Protokoll einer Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte im Kriegsministerium, 29.11.1918.
- 24 Läßle (wie Anm. 17) S. 261; vgl. auch LKZ 27.4.2016.
- 25 Wie Anm. 6.
- 26 HStAS E 135b Bü 322, Flugblatt des Soldatenrats vom 14.11.1918.
- 27 Julie Paret: Kriegsende 1918, in: Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997, hrsg. vom Historischer Verein Ludwigsburg, Ludwigsburg 1997, S. 154 f.
- 28 Käppler (wie Anm. 5) S. 221.
- 29 HStAS E135b Bü 384.
- 30 Christof von Ebbinghaus: Die Memoiren des Generals von Ebbinghaus, Stuttgart 1928, S. 43–47.
- 31 HStAS E 135b Bü 322, Bildung, Grundsätze und Ziele des Soldatenrats Ludwigsburg, 14.11.1918.
- 32 Paret (wie Anm. 27) S. 155.
- 33 Ebd. S. 157.
- 34 Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg, August 1919, in: Eberhard Kolb, Klaus Schönhoven (Bearb.): Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, Düsseldorf 1976, S. 391–441, hier S. 428.
- 35 Paret (wie Anm. 27) S. 159.
- 36 Ludwigsburger Zeitung, 16.11.1918.
- 37 Tätigkeitsbericht (wie Anm. 34) S. 429.
- 38 Hierzu v. a. Nadine Rossol: Incapable of Securing Order? The Prussian Police and the German Revolution 1918/19, in: Klaus Weinbauer, Anthony McElligott, Kirsten Heinsohn (Hg.): Germany 1916–1923. A Revolution in Context, Bielefeld 2015, S. 59–82, hier S. 62 f.
- 39 Ansbart Baumann (Bearb.): Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg, 1. Band: Die provisorische Regierung und das Kabinett Blos November 1918 bis Juni 1920, Stuttgart 2013, S. 45.
- 40 Paul Hahn: Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. »Der Rote Hahn«, eine Revolutionserscheinung, in: Denkwürdigkeiten aus der Umwälzung, Bd. 3, Stuttgart 1928, S. 1–141, hier: S. 18–23.
- 41 Scheck (wie Anm. 15) S. 187.
- 42 Heinrich Hillmayr: Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918, München 1974.
- 43 Zu den Sicherheitstruppen vgl. Peter Keller: »Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr«. Die deutsche Armee 1918–1921, Paderborn 2014.
- 44 Günter Cordes (Bearb.): Krieg. Revolution. Republik. Die Jahre 1918 bis 1920 in Baden und Württemberg. Eine Dokumentation, Ulm 1978, S. 138.
- 45 Adolf Schlicht, Jürgen Kraus: Die deutsche Reichswehr. Die Uniformierung und Ausrüstung des deutschen Reichsheeres von 1919–1932. Kataloge des Armeemuseums Ingolstadt, Bd. 3, Wien 2005, S. 15.
- 46 Cordes (wie Anm. 2) S. 128.
- 47 Ebd. S. 138.
- 48 Paret (wie Anm. 27) S. 160.
- 49 Generallandesarchiv Karlsruhe 237, Nr. 26942, Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, 28. März 1919.
- 50 Axel Weipert: »Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte«? Konzepte und Praxen von Frauen in der Rätebewegung 1918–1920, in: Ariadne 73/74 (2018) S. 40–47, hier S. 45.
- 51 HStAS E 130a Bü 733.

- 52 Dorothee Linnemann (Hg.): Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht, Ausstellungskatalog Historisches Museum Frankfurt, 2019, S. 159.
- 53 Hans-Jörg Czech, Olaf Matthes, Ortwin Pelc (Hg.): Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Ausstellungskatalog Historische Museen Hamburg 2018, S. 167.
- 54 Hierzu Joachim Hofmann-Göttig: Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenstimmrecht in Deutschland, Bonn 1986, S. 28 f.; Kirsten Wolff: Unsere Stimme zählt. Die Geschichte des deutschen Frauenwahlrechts, Überlingen 2018.
- 55 Heide-Marie Lauterer: »Neulinge«, »Novizen« und Berufspolitikerinnen. Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik. Wahlrecht, Wahlbeteiligung und Wahlergebnis 1919, in: Günther Schulz (Hg.): Frauen auf dem Weg zur Elite, München 2000, S. 79–96, hier: S. 91.
- 56 Von 150 Abgeordneten stellten: Zentrum 28 Männer, 3 Frauen: Mathilde Kühnert (Listenplatz 15), Luise Rist (4), Amelie von Soden (26); USPD: 3 Männer, 1 Frau: Clara Zetkin (3); SPD: 48 Männer, 4 Frauen: Mathilde Brückner (28), Emilie Hiller (26), Laura Schradin (5), Fanny Vorhölzer (18); DDP: 33 Männer, 5 Frauen: Thekla Kauffmann (18), Maria Keinath (12), Ella Müller-Payer (24), Mathilde Planck (6), Eugenie Willig (30); Bürgerpartei/Bauernbund, Weingärtnerbund: 25 Männer.
- 57 Mathilde Planck zog erst 1930 von Beuren, wo sie seit 1919 gelebt hatte, in das von ihr in Ludwigsburg gegründete Altenheim; vgl. Mascha Riepl-Schmidt: Mathilde Planck (1861–1955): »Wenn etwas nötig ist, muss es getan werden«, in: https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/faltblaetter/planck.pdf, abgerufen am 03.01.2020.
- 58 Vertrauensfragen (wie Anm. 6) S. 62 f.
- 59 Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, Düsseldorf 2002, S. 105.
- 60 UB Heidelberg, Nachlass Marie Baum, EE 2-107, Bl. 31.
- 61 Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute, Stuttgart 2012, passim.
- 61 Gisela Riescher: Politisches Vertrauen. Weibliche Abgeordnete in der Weimarer Republik, in: Stefan Kramer, Marion Löffler, Martin Weidinger (Hg.): Staat in Unordnung? Geschlechterperspektiven auf Deutschland und Österreich zwischen den Kriegen, Bielefeld 2012, S. 47–59; Else Frobenius: Frauen in der badischen Nationalversammlung, in: Die Welt der Frau. Beilage der Zeitschrift Die Gartenlaube Nr. 27 (1919) S. 211.
- 63 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wahlrecht-behindert-gleichstellung-warum-es-im-stuttgarter-landtag-so-wenige-frauen-gibt/23154514.html>, abgerufen am 12.03.2019.
- 64 <https://www.lpb-bw.de/frauenanteil-laenderparlamenten#c23519>, abgerufen am 02.01.2020.